

16.44

Abgeordnete Doris Margreiter (SPÖ): „Echte spürbare Entlastungsoffensive statt Showpolitik und gebrochener Wahlversprechen!“ lautet heute der Titel der Dringlichen Anfrage. Nun, eine spürbare Entlastungsoffensive gibt es seitens dieser Bundesregierung, nämlich für internationale Konzerne; und das hat seinen Grund darin, dass es im Wahlkampf Lobbyismus gab. Sie erinnern sich, allein von einem oberösterreichischen Unternehmen wurden fast eine halbe Million Euro gespendet. Und dessen nicht genug: ÖVP und FPÖ haben das Kostenlimit für die Wahlkampfmittel trotzdem noch überschritten – die ÖVP um fast das Doppelte, um 6 Millionen Euro, und die FPÖ um fast 4 Millionen Euro. Das Zeichen, dass sich Lobbyismus in Österreich auszahlt, ist für die österreichische Politik bestimmt kein gutes Signal. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Bei dieser Steuerreform – es wurde schon angesprochen – sollte es aber nicht nur um Entlastung gehen – das vermisste ich auch in der Dringlichen Anfrage –, sondern sehr viel mehr auch um Steuergerechtigkeit. Wir haben gerade im Unternehmertum, in der Wirtschaft schon längst keine Steuergerechtigkeit mehr. Weil Sie, Herr Minister, die Senkung der Mehrwertsteuer, der Umsatzsteuer im Tourismusbereich angesprochen haben: Sie erinnern sich, dass wir gemeinsam in der letzten Legislaturperiode die Mehrwertsteuer nicht nur im Tourismus, sondern auch in anderen Branchen, wie etwa bei den Imkern, bei den Marktfahrern, angehoben haben, und ich halte es für nicht gerecht, wenn ausschließlich die Mehrwertsteuer im Tourismus gesenkt wird und für die anderen Betriebe nicht. Wir haben dazu einen Antrag eingebracht, den Sie abgelehnt haben – so viel zu Ihrer Steuergerechtigkeit. Im Übrigen war das nicht gegenfinanziert. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Auch ich möchte über Steuerflucht reden, über die eigentlichen Flüchtlinge, nämlich die Steuerflüchtlinge, und ich möchte auch darüber reden, dass Sie die Finanztransaktionssteuer zu Grabe getragen haben und dass Sie die Steueroasen nicht schließen – im Gegenteil: Sie haben sogar noch Länder von der schwarzen Liste der Steueroasen genommen. Das halte ich, gerade wenn es um Steuergerechtigkeit geht, für nicht sinnvoll, nicht gut und nicht positiv. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die daraus resultierende sinkende Steuerleistung von großen Unternehmen und reichen Personen untergräbt zusehends die Zahlungswilligkeit jener, die sich dem Zugriff des Finanzamtes nicht entziehen können, und diese werden mit Recht immer unzufriedener. Es ist gerade um internationale Konzerne, die viel Geld verdienen, aber wenig Steuer zahlen, ein regelrechter Wettkampf entstanden. Das sind vor allem Internet-

konzerne – meine Vorrednerin hat es auch angesprochen –, die diese Vergünstigungen in Anspruch nehmen, denn das Verschieben von Gewinnen fällt ihnen leicht.

Da haben wir auch gehört, es gibt die Digitalsteuer – Digital Services Tax, wie sie auch heißt –, eine Interimslösung, die ausschließlich eine Steuer auf Werbeumsätze für Internetkonzerne umfasst, eigentlich eine Werbeabgabe, die Printmedien schon längst zahlen. Um aber die eigentliche Steuer, nämlich auf Gewinne, die die Konzerne verschieben, einheben zu können, war von der Einführung einer digitalen Betriebsstätte die Rede, und davon hört man schon längst nichts mehr. Das macht mich wirklich stutzig, und ich bin gespannt, was da noch kommt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es gibt nicht nur keine Gerechtigkeit, keine Steuergerechtigkeit im Unternehmertum, wenn es um Einpersonenunternehmen und Klein- und Mittelbetriebe geht, schlimmer noch ist: Sie haben sehr viele AWS-Förderungen gerade für junge Unternehmen, die tolle Ideen haben, für Start-ups gestrichen. Ein Vorschlag zum Beispiel wäre die Anhebung der Kleinstunternehmergrenze auf 35 000 Euro. Wir haben das im österreichischen Wirtschaftsparlament eingebracht. Das wäre zum Beispiel eine Entlastung, die wirklich im Sinne der Unternehmen wäre.

Und wenn es um Unternehmensbesteuerung geht, dann reden Sie bitte nicht immer nur von der Körperschaftsteuer, denn das, was die Betriebe wirklich belastet, geht weit darüber hinaus. Da geht es zum Beispiel um das Krankengeld für Selbstständige, da geht es eben auch um Lohndumping aus dem Ausland; da haben wir längst keine Chancengleichheit mehr im Unternehmertum. Da bräuchten wir dringend ein Paket – wir haben es gehört –: zum Fachkräftemangel, für mehr Qualifikation, für mehr frisches Geld, auch für eine Bildungsoffensive.

Nicht die Senkung der Körperschaftsteuer macht die Unternehmen glücklich. Lösen wir bitte die echten Probleme, von denen 99,7 Prozent der Betriebe betroffen sind, die sich nicht als internationaler Konzern bezeichnen können! – Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

16.48

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Herr Abgeordneter Linder ist zu Wort gemeldet. – Bitte.